Abend-Ausgabe

77. Jahrgang. Nr. 552 — Mittwoch, 23. November 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden. Fernsprecher-Sammelnummer: 25241. Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011. Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.20 Mk. (einschließlich 20 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.90 Mk. einschließlich 56 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. abg. Krisenabschlag lt. Tarif. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Gegenvorschläge Hitlers an Hindenburg

Parlamentarische Lösung führt nicht zum Ziel

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 23. Nov. Die Antwort Hitlers an den Reichspräsidenten konnte wider Erwarten am Mittwochvormittag noch nicht fertiggestellt werden. Hitler hatte weitere Beratungen mit seinen Unterführern und hat an das Reichspräsidentenbüro die Mitteilung ergehen lassen,

seine Antwort werde erst gegen 15 Uhr vorliegen können.

Diese neue Verzögerung scheint nicht zuletzt darauf zurückzuführen zu sein, daß in Hitlers Antwort alles vermieden werden soll, was geeignet wäre, ihm vor der Oeffentlichkeit die Schuld an der Nichterfüllung des Hindenburg-Auftrages zuzuschieben. Das Memorandum, das die Form der Hitlerschen Antwort darstellen wird, dürfte keine direkte Ablehnung des Auftrages Hindenburgs, eine parlamentarische Mehrheitsregierung zu bilden, enthalten, sondern lediglich unter Angabe ausführlicher Gründe darauf verweisen, daß Hitler eine solche Mehrheitsbildung unmöglich erscheint, daß er sich aber auf der anderen Seite für eine präsidiale Lösung zur Verfügung stelle.

Trifft dies zu, dann ist nicht abzusehen, wie diese erste Phase der Regierungskrise einen positiven Ausgang nehmen könnte, da bis jetzt wenigstens in allen politischen Kreisen als bekannt vorausgesetzt wird, daß der Reichspräsident ein Präsidialkabinett niemals in die Hände eines Parteiführers zu legen entschlossen ist. Es gilt in politischen Kreisen als wahrscheinlich, daß der Reichspräsident ein Memorandum der oben bezeichneten Art mit einer Erklärung beantworten wird, in der er feststellt, daß Hitler die Durchführung des ihm gegebenen Auftrages für unmöglich erkläre und damit die Ablehnung des Auftrages zum Ausdruck bringen wolle. Welche Entschlüsse der Reichspräsident nach dem nunmehr wohl kaum noch vermeidlichen Scheitern des ersten Aktes der Regierungsverhandlungen zu tun gedenkt, ist noch nicht zu übersehen. Man weiß auch nicht, ob er nun den Versuch machen wird, den Prälaten Kaas, wie verschiedentlich angekündigt, zu bitten, die Durchführung desselben Auftrages zu versuchen.

Die Entscheidungen des Reichspräsidenten sind für heute nicht mehr zu erwarten. Der Reichspräsident wird vielmehr die Antwort Hitlers mit aller Ruhe und Sorgfalt prüfen und sich erst dann über seine weiteren Schritte schlüssig werden. Nach nationalsozialistischer Auffassung wird durch die Antwort Hitlers die Tür zu weiteren Verhandlungen nicht zugeschlagen. Man glaubt, daß die Verhandlungen, die jetzt auf parlamentarischer Grundlage sich als unmöglich erwiesen hätten, auf der Grundlage der Bildung eines Präsidialkabinetts durchaus möglich sind und auch bald in Gang kommen dürften. An der ernsten Absicht des Reichspräsidenten, zu einer Verständigung mit Hitler zu kommen, ist jedenfalls nicht der geringste Zweifel.

Eine Richtigstellung der Deutschen Volkspartei

Berlin, 23. Nov. Die Behauptung eines Mittagsblattes, die Deutsche Volkspartei habe erklärt, sie werde keineswegs einem Kabinett zustimmen und wahrscheinlich auch für ein Kabinett unter anderer nationalsozialistischer Führung außerordentlich schwere Bedingungen stellen, wird von der Nationalliberalen Korrespondenz als vollkommen aus der Luft gegriffen bezeichnet. Die Deutsche Volkspartei habe ihre Bereitschaft, für ein Kabinett der nationalen Konzentration einzutreten, niemals geändert. Ueber die Voraussetzungen und politischen Möglichkeiten ist mit ihr noch nicht verhandelt worden; auch von nationalsozialistischer Seite sei an die Deutsche Volkspartei bisher noch niemals herangetreten worden.

Die Industrie zur Verfassungsreform

Mitgliederversammlung des Langnamvereins

Düsseldorf, 23. Nov. Die 60. ordentliche Mitgliederversammlung des Langnamvereins wurde vom Vorsitzenden Dr.-Ing. F. Springorum-Dortmund eröffnet, der als Hauptaufgabe der Tagung die Bekundung des Willens der Privatwirtschaft zur Mitarbeit am Wiederaufbau bezeichnete. Bei dem Umbau des Verfassungswerks, betonte der Redner, müßten zunächst die Bestimmungen über

das Wahlrecht geändert und das Fehlen einer zweiten Kammer beseitigt

werden. Als Ziel einer Verwaltungsreform bezeichnete Dr. Springorum den dezentralisierten Einheitsstaat unter Schonung staatspolitischer und kultureller Eigenheiten einzelner Reichsteile. Hand in Hand mit der Verwaltungsreform müsse eine durchgreifende Finanzreform Platz greifen. Der Redner hielt in diesem Zusammenhang das Popitz-Gutachten in seiner allgemeinen Struktur für eine geeignete Grundlage. Dringend notwendig erscheine die möglichst baldige Beseitigung der Hauszinssteuer, sowie eine stärkere Beachtung des Zusammenhangs zwischen direkter und Verbrauchssteuerbelastung. Das Optimum der Verbrauchsbelastung sei zweifellos längst überschritten. Die längst geplante Besteuerung der öffentlichen Betriebe müsse endlich Wirklichkeit werden. Die Forderungen der Wirtschaft mündeten in der Grundforderung nach dem starken Staat, der allein die großen wirtschaftspolitischen Entscheidungen der nächsten Zeit zu Lösungen bringen könnte, die den Lebensbedingungen der Wirtschaft angepaßt seien. Reformbedürftig seien auch die Sozialversicherung, die Wasserwirtschaft, das Wegerecht, das Schulwesen und die Justizverwaltung. Die Arbeitslosenhilfe müsse vom Gemeindehaushalt finanziell losgelöst werden. Es gehe allerdings nicht an, ohne weiteres die Gesamtsumme der in der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge erzielten Ueberschüsse in erhöhte Zuschüsse an die Wohlfahrtsetats der Gemeinden umzuwandeln. — Zusammenfassend stellte Dr. Springorum dann fest, daß jede Regierung der tatkräftigen Unterstützung der westdeutschen Wirtschaft sicher sein könne, bei allen Maßnahmen, die auf Rationalisierung des Verwaltungswesens und Gewährleistung sparsamster Finanzgebarung hinzielen.

Ueber das Thema „Gesunde Wirtschaft im starken Staat" sprach Prof. Dr. Carl Schmitt, Berlin, der eine deutliche Unterscheidung der staatlichen und der staatsfreien Lebenssphären und Sachgebiete forderte. Der Präsident des deutschen und des preußischen Landkreistages, Dr. von Stempel, betonte, daß die augenblicklichen

chaotischen Zustände in den Gemeindefinanzen

nur durch eine jetzt nicht mehr aufschiebbare grundlegende Finanzreform beseitigt werden könnten. Nebenher müßte eine ausreichende Finanzierung der für zahlreiche Gemeindeverbände völlig unerträglichen Wohlfahrtslasten festgesetzt und eine Vereinigung der Schuldenwirtschaft zwecks Wiederherstellung des Vertrauens in die Kreditfähigkeit getroffen werden. Die bisher in Preußen betriebene staatliche Verwaltungsreform sei auf dem richtigen Wege, müsse aber auf eine Neuordnung der kommunalen Selbstverwaltung ausgedehnt werden. — An die Vorträge schloß sich eine eingehende Aussprache.

Die laufenden Geschäfte des Reichskabinetts

Berlin, 23. Nov. Die Regierungsverhandlungen beschränken sich angesichts der verhältnismäßig langen Dauer der Verhandlungen um die Bildung einer neuen Regierung naturgemäß auf die laufenden Geschäfte. Alle Fragen grundsätzlicher Art werden beiseitegelassen. Erst eine neue Regierung wird wieder entscheidend in die Gestaltung der Politik, vor allem der Wirtschaftspolitik, eingreifen können. Zu den Fragen, die vorläufig unerledigt bleiben, gehört auch das Kontingentierungsproblem. Bekanntlich ist vor einigen Wochen, noch vor Ausbruch der Regierungskrise, eine Art Zwischenzustand geschaffen worden, nachdem die Butterkontingente unter Dach und Fach gebracht worden waren. Das Schwergewicht in handelspolitischer Beziehung ruht zur Zeit auf den

Handelsvertragsverhandlungen,

die beispielsweise mit Frankreich seit zwei Tagen im Gange sind. Es ist behauptet worden, daß die französische Abordnung Anweisung habe, bis zur Bildung einer neuen deutschen Regierung allen entscheidenden Fragen auszuweichen, da die gegenwärtige geschäftsführende Regierung nicht die nötigen Vollmachten habe. Diese Auffassung ist irrig und beruht auf einem Mißverständnis, dem die Pariser Zeitung „Liberté" zum Opfer gefallen ist. Die Franzosen hatten nämlich vor der Abreise nach Berlin angefragt, ob die Verhandlungen angesichts der Regierungskrise durchgeführt werden würden. Auf die bejahende Antwort ist die Abordnung dann nach Berlin ohne irgendwelche Vorbehalte abgereist.

Zu den Dingen, über die, wie es scheint, wegen der gegenwärtigen politischen Lage nicht entschieden werden kann, gehört der sozialdemokratische Antrag auf Einleitung eines Volksbegehrens über den sozialpolitischen Teil der Septemberverordnung. Auch die Frage der führenden Wirtschaftsverbände, ob Dr. Wagemann als hohem Beamten gestattet sei, in der bekannten Art in währungspolitische Angelegenheiten einzugreifen, dürfte von der amtierenden Reichsregierung kaum noch entschieden werden.

Was die Finanzen des Reiches angeht,

so kann gesagt werden, daß die Gesamtlage nicht ganz so schlecht ist, wie Pessimisten häufig glauben machen wollen. Das dürfte auch im wesentlichen aus der Rede hervorgegangen sein, die der Reichsfinanzminister Graf von Schwerin-Krosigk am Dienstagabend vor einem vertraulichen Kreise in der Frankfurter Gesellschaft für Industrie, Handel und Wissenschaft gehalten hat.

Devisenschieberprozeß Tillich

Berlin, 23. Nov. Vor dem Schnellschöffengericht beim Amtsgericht Berlin-Mitte hatten sich heute der Kaufmann Dr. jur. Adolf Borchardt, der von 1904 bis 1916 Generalbevollmächtigter und Vermögensverwalter Thyssens war, der Geheime Regierungsrat Tillich aus dem preußischen Wohlfahrtsministerium, der Bergwerksdirektor Gustav Cordes aus Hannover, der Bankdetektiv der Dresdner Bank Reinhardt Kubbernuß, der Makler Heinrich Holländer, der Kaufmann Wilhelm Brauser und der Rittmeister a. D. Scheek aus Kassel wegen Devisenvergehens zu verantworten.

Geheimrat Tillich, Dr. Borchardt, Direktor Cordes und der Detektiv Kubbernuß werden beschuldigt, gemeinsam in der Zeit vom 24. Mai bis 15. Juni in ausländischem Besitz befindliche

J. G. Farben-Aktien im Werte von 115 000 RM.

auf das Konto Tillichs bei der Dresdner Bank gebracht und entgegen den Vorschriften der Devisenbewirtschaftungsstelle dem flüchtigen Bergwerksdirektor Schmidt ausgehändigt zu haben. Ferner sollen sie Devisen in Höhe von 67 000 Reichsmark mit Hilfe des Rittmeisters Scheek zwischen dem 14. und 27. Oktober auf das Konto Tillich bei dem Berliner Bankhaus Uhlig eingezahlt und den Erlös an den Makler Holländer und den Kaufmann Brauser weitergegeben zu haben. Schließlich sollen die Angeklagten den Versuch gemacht haben, sich nachträglich eine Genehmigung für ihre Devisentransaktionen unter dem Vorwand, daß es sich um wohltätige Zwecke handele, zu erschleichen. Die Ermittlungen der Zollfahndungsstelle haben ergeben, daß dieses Konsortium im Ausland befindliche Effekten in Höhe von etwa 3½ Millionen RM. veräußern und wieder nach dem Ausland zurückbringen wollte. Zu dem Verkauf in solcher Höhe ist es aber nicht mehr gekommen.

Zu Beginn der Verhandlung kam zur Sprache, daß sich mehrere Rechtsanwälte zur Verteidigung der Angeklagten im Untersuchungsgefängnis angeboten hätten. Der Vorsitzende nannte dieses Verfahren ungewöhnlich.

Der Vertreter der Staatsanwaltschaft, Staatsanwaltschaftsrat Jacoby, erklärte, daß diese Anwälte zweifellos von interessierten Kreisen geschickt worden seien, die hinter diesen Devisentransaktionen ständen. Dieser Angelegenheit würde seitens der Staatsanwaltschaft noch nachgegangen werden. Die Verhandlung wird voraussichtlich drei Tage in Anspruch nehmen.

Zusammenstoß im Hauptausschuß des Preußenlandtags

Berlin, 23. November. Zu Beginn der heutigen Sitzung des Hauptausschusses des Preußischen Landtags kam es zu einem Zwischenfall zwischen dem nationalsozialistischen Ausschußvorsitzenden Hinkler und den deutschnationalen Mitgliedern des Ausschusses. Vorsitzender Hinkler übte scharfe Kritik an der Berichterstattung eines bekannten Berliner deutschnationalen Blattes über die Verhandlungen des Ausschusses. Der Vorsitzende erklärte, er müsse namens des Ausschusses schärfsten Protest gegen diese Art von Berichterstattung erheben. Als der Vorsitzende weiter scharfe Ausdrücke gegen die Deutschnationalen an seine Bemerkungen anfügte, verlangten die deutschnationalen Ausschußmitglieder, daß ihnen das Wort zu dieser Angelegenheit erteilt werde. **Vorsitzender Hinkler (Natsoz.) lehnte jedoch ab, eine Aussprache über seine Erklärungen stattfinden zu lassen, worauf die deutschnationalen Ausschußmitglieder den Sitzungssaal verließen und sich an den weiteren Ausschußarbeiten nicht mehr beteiligten.**

Falsche Gerüchte um Warmbold

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 23. November. Zu den Meldungen, daß der Reichswirtschaftsminister Warmbold den Plan habe, sich aus dem politischen Leben zurückzuziehen und einem Rufe der philosophischen Fakultät Halle Folge zu leisten, verlautet von zuständiger Stelle, daß es sich bei diesen Mitteilungen um einen Irrtum handele. Es wird erklärt, daß mit Dr. Warmbold im Mai d. J. wegen einer Professur in Halle verhandelt worden sei, zu einem Zeitpunkt, als Warmbold infolge seiner Meinungsverschiedenheiten mit Brüning aus dem Kabinett ausschied. Im Augenblick sei die ganze Frage nicht mehr aktuell.

Riesige Goldfunde in Venezuela

Hamburg, 23. Nov. Nach einer Mitteilung des venezuelischen Generalkonsulats in Hamburg ist in Venezuela mitten im Urwald eine außerordentlich reichhaltige Goldmine entdeckt worden. Der Fundort liegt in den Regionen des Alto Cuyuni, in der Nähe des Flusses Chicanon. Der Entdecker der Mine hat mit einigen anderen Arbeitern in ganz kurzer Zeit riesige Mengen Gold erbeutet, und zwar, wie das Generalkonsulat mitteilt, über 800 000 Gramm. Man hält die Mine für die größte und reichhaltigste der Welt. Nach dem Bekanntwerden dieser Goldfunde sind Tausende von Arbeitern an den Fundort geeilt, um dort ihr Glück zu versuchen. Die venezuelische Regierung hat, da die Mine auch nach dem Urteil Sachverständiger als sehr ergiebig angesehen wird, sofort eine Kommission zur ordnungsmäßigen Ausbeutung an den Fundort entsandt.